



ENERGIESTRATEGIE 2050

PACKEN WIRS AN!

INHALT

ERFOLG IM KANTONSRAT	2
ABSTIMMUNGEN 21. MAI 2017	3-5
NACHRUF DANIEL VISCHER	6
AUS DER REGION	7
GRÜNE STADT ZÜRICH	8-9
GRÜNE WINTERTHUR	10
JUNGE GRÜNE	11
AGENDA	12

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

Im Kantonsrat haben sie die Mehrheit: Die (rechts-)bürgerlichen Parteien. Einer Meinung sind sie selten, nur wenn es ums Sparen geht, dann steht die Abbaufrent. Darum heisst es für uns: Wir sind die Opposition. Wir wehren uns dagegen, dass auf dem Buckel der Ärmsten gespart wird. Wir bekämpfen diesen ungerechten Sozialabbau mit allen Mitteln, sei es parlamentarisch durch geschickte Verhandlungen (wie bei den Prämienverbilligungen) oder – wo nötig – mit Referenden (wie bei den Spital-Privatisierungen).

Neben den Gesundheitsvorlagen kommt im Mai auch die Energiestrategie 2050 an die Urne. Es handelt sich um eine klassische Kompromissvorlage. Uns ging sie stets etwas zu wenig weit (wo bleiben die fixen Laufzeiten für die Atomkraftwerke?) – und die Bürgerlichen wollten wie immer keine verbindlichen Ziele festlegen. Das SVP-Referendum gegen die Energiestrategie gilt es jetzt mit voller Wucht zu bodigen. In Zeiten, in

denen Klimaleugner sogar in hohe Ämter gewählt werden, ist dies jetzt umso wichtiger.

In einem Jahr sind die Gemeindewahlen. Dann wollen wir wieder zulegen, um wieder mehr mitbestimmen zu können. Ein Einstieg in die Gemeindepolitik ist interessant, denn oft kann im Kleinen viel Konkretes bewegt werden! Eine fehlende Grüne Sektion in der Wohngemeinde darf kein Hindernis sein – vielmehr kann eine Kandidatur für ein Amt eine grosse Motivation für unsere Mitglieder und Sympis vor Ort sein, aktiv zu werden. Jetzt ist es Zeit, aktiv zu werden. Denn «wir werden nicht in der Lage sein, Ziele zu erreichen, wenn wir die Demokratie als Zuschauer betrachten, in der Annahme, die anderen werden es für uns tun. Das werden sie nicht. Die Zukunft liegt in Euren Händen. Gehen wir an die Arbeit.» (Bernie Sanders)

■ Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

Am 21. Mai 2017 stimmen wir über die Energiestrategie 2050 ab. Damit es mit der Energiewende in der Schweiz richtig vorangeht, brauchen wir ein wuchtiges JA (S. 4). Im Kanton Zürich stimmen wir zudem über die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur und der integrierten Psychiatrie Winterthur ab. Mit den Referenden wollen wir Grünen diesen Ausverkauf des Gesundheitssystems verhindern (S. 3).

Im Januar 2017 ist unser langjähriger Grüne Kantons- und Nationalrat Daniel Vischer verstorben. Wir blicken auf einen besonders bemerkenswerten Menschen zurück (S. 6).

In Winterthur haben wir Grünen einen engagierten Wahlkampf geführt. Nach dem guten Ergebnis von Jürg Altwegg im ersten Wahlgang der Winterthurer Stadtratsersatzwahlen und dem Rückzug der SP-Kandidatin sind die Chancen intakt, dass unser Grüner Kandidat in den Stadtrat einzieht (S. 10).

Und auch sonst gibts jede Menge Grüne Neuigkeiten in diesem «grünen blatt».

■ Nadine Berthel,
Geschäftsführerin
Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 2100 Ex.
Redaktion & Layout: Nadine Berthel. Korrektur: Beat Hess, Ulla Blume. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Martin Neukom, Kathy Steiner, Bastien Girod, Karin Fehr, Nadine Berthel, Balthasar Glättli, Martin Wunderli, Beat Rüst, Luca Maggi, Ueli Nagel, Markus Kunz, Renate Dürr, Julian Croci, Steven Goldbach. Bildnachweise: S. 1: craeckerffm / photocase.de, S. 2: coresince84 / photocase.de, S. 3: adina80xx / photocase.de, S. 5: pip / photocase.de, S. 7: Henry Jager, S. 8: Dot.ti / photocase.de.
Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FCS-Papier gedruckt: FSC C010121.

KÜRZUNG PRÄMIENVERBILLIGUNG FÜRS ERSTE VERHINDERT

Der Zürcher Regierungsrat beabsichtigte, bei der individuellen Prämienverbilligung 40 Millionen Franken wegzukürzen. Das Referendum war bereits angekündigt. Durch glücklichen Zufall konnte die Vorlage im Kantonsrat versenkt werden.

1.8 Milliarden Franken sollen wegespart werden, ginge es nach dem Zürcher Regierungsrat. Eine der zahlreichen Vorlagen betraf die individuelle Prämienverbilligung (IPV) für die Krankenkasse. Schon bei der Einführung der Krankenkassen-Kopfprämien war klar, dass sie Familien mit wenig Einkommen übermässig stark belasten würden. Deshalb wurde die Prämienverbilligung eingeführt. Diese war als soziale Abfederung gedacht. In den letzten 20 Jahren sind die Krankenkassenprämien jedoch massiv angestiegen, während die Prämienverbilligungen stagnierten. Selbst für jene, die eine Prämienverbilligung erhalten, wurde es massiv teurer.

Mit dem heutigen Gesetz erhalten teilweise auch Personen Prämienverbilligung, die in guten wirtschaftlichen Verhältnissen leben und durch unzählige Abzüge ihr steuerbares Einkommen nach unten optimieren. Das ist stossend und eine Gesetzesrevision ist zwingend notwendig. Doch der Regierungsrat machte daraus gleich eine allgemeine Sparvorlage. Er wollte für junge Erwachsene in Ausbildung für das Familieneinkommen eine Limite

von 54 000 Franken pro Jahr festlegen. Das erlaubte der rechten Ratsseite mit dem Beispiel von Millionärssöhnen und -töchtern für die massive Kürzung der Prämienverbilligung zu argumentieren. Hauptsächlich betroffen wären jedoch diejenigen Familien, für die die Krankenkassenprämie eine Belastung darstellen, denn eine solch tiefe Einkommenslimite ist sehr schnell erreicht.

Das Referendum gegen diese Vorlage war bereits angekündigt. Doch plötzlich änderten die Grünliberalen ihre Meinung und so hatten FDP und SVP keine Mehrheit mehr. Ausgerechnet die Grünliberalen, jene Partei, die immer und überall sparen will, halfen die Vorlage zu versenken. Ihre Argumentation für den Meinungswechsel konnte zwar niemand so genau nachvollziehen. Aber uns soll es recht sein.

In zwei bis drei Jahren wird eine neue Vorlage dazu diskutiert werden. Wie es dann aussieht, ist noch völlig offen. Fürs Erste ist das aber ein kleiner Erfolg.

■ Martin Neukom, Kantonsrat



GESUNDHEIT

NICHT VERKAUFEN

Die Grünen lehnen die Umwandlung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur (IPW) in eine AG ab. Die Risiken und Nebenwirkungen sind zu gross und gefährden die Gesundheitsversorgung im nordöstlichen Teil des Kantons.

2012 wurde das Finanzierungssystem der Spitäler vollständig umgekrempelt. Marktwirtschaft und Wettbewerb zwischen den Spitalern sollten die steigenden Gesundheitskosten bremsen. Die Entwicklung seither zeigt jedoch ein anderes Bild. Heute buhlen alle Spitäler um lukrative Privatversicherte und übertrumpfen sich gegenseitig in ihren Hochglanzbroschüren.

KSW ist gut positioniert

Das KSW hat die Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen erfolgreich bewältigt. Auch im strengen kompetitiven Umfeld gelingt es ihm, gewinnbringend zu wirtschaften. Für Winterthur ist die Bedeutung des Spitals sowohl für die Gesundheitsversorgung als auch als Arbeitgeber gross. Das KSW ist zudem für den ganzen Nordosten des Kantons versorgungsrelevant und somit unverzichtbar.

Aus heutiger Sicht ist das KSW ein lukratives Renditeobjekt für Investoren. Rentiert der Spitalbetrieb, sind die Aktionäre zufrieden. Bei der anstehenden Abstimmung dürfen jedoch nicht

die Interessen der Aktionäre im Fokus stehen, sondern die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung. Gerät das KSW je in finanzielle Schieflage, muss der Kanton faktisch eine Staatsgarantie geben: Eine Spitalschliessung kommt nicht in Frage. Die Bürgerlichen bezeichnen dieses Szenario zwar als reine Angstmacherei. Aber mit derselben Überzeugung haben sie auch Swissair, UBS oder BVK beurteilt, bevor diese für die Steuerzahlenden zu teuren Sanierungsfällen geworden sind.

Personalentwicklung: Quo vadis?

Im Januar hat im KSW eine interne Podiumsdiskussion nur für das Personal stattgefunden. Auswärtiges Publikum und insbesondere MedienvertreterInnen mussten den Saal verlassen. Und dies hatte seinen Grund. Spitaldirektor Rolf Zehnder nahm dort kaum ein Blatt vor den Mund: Erwartet werde vom Personal stete Weiterbildung und Flexibilität. Das Spital könne keine geschützte Werkstatt für Angestellte sein und die Schweiz verfüge ja über gute Sozialwerke (sic!). Mit solchen

Aussagen richtete er sich wohl weniger an gut ausgebildete Fachkräfte, als vielmehr an Mitarbeitende aus Hotellerie und Reinigung.

Psychiatrie in Bedrängnis

Bei der IPW zeigt sich die Ausgangslage noch bedenklicher. Die IPW kann trotz oder gerade wegen der neuen Spitalfinanzierung nicht auf eigenen Beinen stehen. Ambulante und teilstationäre psychiatrische Leistungen werden vom Finanzierungssystem her nur ungenügend abgegolten. Eine zeitgemässe psychiatrische Behandlung muss jedoch darauf abzielen, die PatientInnen möglichst kurz stationär zu behandeln und ihnen mit ambulanten Angeboten den Verbleib in ihrem sozialen Umfeld zu ermöglichen.

Dass private Trägerschaften in der kostenintensiven psychiatrischen Versorgung höchst heikel sind, zeigt sich im Sanatorium Kilchberg. Mit 175 Betten gehört diese traditionsreiche Privatklinik zu den grossen Leistungserbringern. Ganz aktuell ist durchgesichert, dass höhere Renditeforderungen seitens der Besitzerfamilie bereits zu einem Leistungsabbau bei unrentablen Angeboten geführt haben. So wurde eine Station für Gerontopsychiatrie geschlossen und in eine offene Psychiatriestation integriert. Und die Tagesklinik wird Ende März ganz aufgegeben.

2 x Nein

Die Gesundheitsversorgung steht heute unter einem enormen Spardruck und Leistungsabbau ist kein Tabu. Diese Entwicklung lehnen wir ab: Gesundheit steht nicht zum Verkauf!

■ Kathy Steiner, Kantonsrätin, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG)



WAS BRINGT DIE ENERGIESTRATEGIE?

EIN PLÄDOYER FÜR EIN ENGAGIERTES JA

Während des Abstimmungskampfes für unsere Atomausstiegsinitiative haben wir die Energiestrategie oft als ungenügend kritisiert. Hier möchte ich aufzeigen, wieso wir sie nun mit voller Kraft unterstützen müssen und welche Argumente am besten ziehen.



Klimaschutz

Der Klimaschutz geht in der medialen Berichterstattung zu dieser Vorlage oft verloren. Das hat auch damit zu tun, dass die entsprechenden Massnahmen nicht besonders umstritten sind. Da wäre einerseits die Reduktion des mittleren CO₂-Ausstoss von Neuwagen von 130 auf 90 Gramm pro Kilometer bis 2020. Dieses Ziel verfolgt auch die EU. Die Übernahme des EU-Ziels für den Schweizer Markt war damals der Gegenvorschlag zur Offroad-Initiative. Heute ist dieser Grundsatz eigentlich wenig bestritten, da das Ziel dank effizienteren und elektrischen Fahrzeugen problemlos erreicht werden kann. Doch gewisse Autoimporteure wittern eine Chance und hoffen, dank dem Referendum wieder ungehemmt CO₂-Schleudern importieren zu können. Auch führt die Energiestrategie durch die Erhöhung der CO₂-Abgabe und die verstärkte Unterstützung der energetischen Sanierung von Gebäuden (kurz: Gebäudeprogramm) zu einer Reduktion des Erdölverbrauchs von Gebäudeheizungen.

Halber Atomausstieg

Die Energiestrategie bewirkt zudem immerhin einen halben Atomausstieg. Der Bau neuer AKWs wird untersagt. Das ist ein wackliger Konsens, den es zu festigen gilt. Noch wichtiger ist aber, dass erneuerbare Stromproduktion

und Stromeffizienz stärker gefördert werden. Dazu wird die Umlage für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) von heute maximal 1.5 auf neu 2.3 Rappen pro kWh erhöht. Damit kann bis 2030 mindestens die Hälfte der Schweizer Atomstromproduktion ersetzt werden. Dieser Zubau wird künftige Anläufe, die Schweizer AKWs endlich abzustellen, einfacher machen.

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

«Die einzige Lösung sind AKWs der vierten Generation, AKWs, die sicher sind und nach innen implodieren», behauptete Albert Rösti auf die Frage nach der Alternative zur Energiestrategie. Damit wird klar, dass ein NEIN zur Energiestrategie jenen Kräften Auftrieb geben würde, die einen Ausstieg aus dem Ausstieg wollen. Wie Christoph Blocher verraten hat, würden diese Kräfte auch nicht davor zurückschrecken, den Bau neuer AKWs zu subventionieren – obwohl sie nicht mehr wirtschaftlich sind.

«Geld bleibt hier»

Diese drei Argumente zeigen, wie wichtig diese Vorlage für uns Grüne ist und weshalb wir uns mit vollem Elan für ein JA engagieren sollten. Um die Mehrheit zu überzeugen, steht aber ein anderes Argument im Vordergrund. «Geld bleibt hier», das ist der Slogan der JA-Kampagne. Damit sollen neben

Links-Grün auch konservative Kreise überzeugt werden, JA zu stimmen. Dieser Slogan ist inhaltlich richtig. Über 10 Milliarden Franken fliessen jährlich ins Ausland, um Erdöl und Uran zu kaufen. Dieses Geld bleibt hier, wenn wir auf Erneuerbare und Effizienz setzen. Deshalb profitiert das Gewerbe von dieser Vorlage. Und zwar so offensichtlich, dass sogar der SVP-lastige Hans-Ulrich Bigler begriffen hat, dass es hier angezeigt ist, JA zu stimmen.

Gegenargument der SVP

Schliesslich noch zum wichtigsten Gegenargument der SVP. Sie behauptet, die Energiestrategie koste 3 000 Franken pro Haushalt. Diese Aussage ist falsch und beruht auf der Annahme, die Ziele würden mit einer Lenkungsabgabe erreicht, die nicht zurückerstattet wird. Doch es braucht nicht einmal neue Lenkungsabgaben, um die Ziele zu erreichen. Mit einer Weiterführung und Verbesserung der bestehenden Massnahmen können alle Ziele erreicht werden.

■ Bastien Girod, Nationalrat, Zürich

PAROLENSPIEGEL

ABSTIMMUNGEN 21.5.17

Kantonale Vorlagen

(Anträge der Geschäftsleitung, Parolenfassung 3. April 2017)

NEIN Privatisierung IPW

NEIN Privatisierung KSW

NEIN Fremdspracheninitiative

Eidgenössische Vorlagen

JA Energiestrategie 2050

NEIN ZUR REALITÄTSFERNEN FREMSPRACHENINITIATIVE

Die Fremdspracheninitiative verlangt die Konzentration auf eine Fremdsprache auf der Primarschulstufe. Die Freude der Kinder am frühen Fremdsprachenlernen sowie bildungs- und staatspolitische Gründe sprechen klar gegen das Begehren.

In einer hoch vernetzten Welt sind Fremdsprachen das Tor zur Welt. Eine kürzlich publizierte Studie zum Sprachenreichtum in der Schweiz zeigt, dass sich auch die Schweiz zunehmend von einem vier- hin zu einem mehrsprachigen Land entwickelt. Jede vierte Person ab 15 Jahren benutzt pro Woche bereits drei oder mehr Sprachen. Die jüngste Altersgruppe und Secondos sind besonders fremdsprachenversiert. Kinder – und das spricht für den frühen Fremdsprachenunterricht – zeigen sich Fremdsprachen gegenüber besonders offen. Ihr Zugang zu Fremdsprachen ist ein spielerischer und freudvoller. Die grosse Mehrheit der Kinder ist den zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe gewachsen.

Nationale Frage

Ob Kinder in der Primarschule eine oder zwei Fremdsprachen erlernen sollen, ist längst eine nationale Frage. 2004 einigten sich die Kantone im Rahmen der EDK auf eine gemeinsame Sprachstrategie: Spätestens ab der 3. Klasse wird eine erste und spätestens ab der 5. Klasse eine zweite Fremdsprache unterrichtet. Seit 2006 sind die Kanto-

ne per Verfassung dazu verpflichtet, wichtige Eckwerte im Bildungswesen – und dazu zählen auch die Ziele des Sprachenunterrichts – zu vereinheitlichen. Finden die Kantone keine einheitlichen Lösungen, kann der Bund diese vorgeben. Eine Annahme der Fremdspracheninitiative im Kanton Zürich würde deshalb aller Voraussicht nach den Bund auf den Plan rufen: Dass die Idee von Bundesrat Alain Berset, zwei Fremdsprachen in der Primarschule in einem Sprachengesetz zu verankern, mehrheitsfähig ist, hat eine Vernehmlassung im Herbst 2016 gezeigt.

Für die aktuelle Fremdsprachenpolitik hat sich das Zürcher Stimmvolk schon dreimal ausgesprochen: 2006 mit seinem Ja zum Bildungsartikel und seinem Nein zur damaligen Fremdspracheninitiative sowie 2008 mit seinem Ja zum Beitritt zum interkantonalen HarmoS-Konkordat. Der Kanton Zürich tut deshalb gut daran, in die Qualität des frühen Fremdsprachenunterrichts zu investieren anstatt eine Fremdsprache auf die Sekundarstufe zu verschieben.

■ Karin Fehr, Kantonsrätin, Kommission für Bildung und Kultur (KBIK)



NEUERUNGEN IN DER GESCHÄFTSLEITUNG

Nach einem rund sechsjährigen Einsatz ist Esther Hildebrand per Ende 2016 aus der Geschäftsleitung der Grünen Kanton Zürich zurückgetreten. Martin Neukom hat ihren Sitz eingenommen.

Esther kannte die Partei in- und auswendig. So hatte sie wohl die meisten erdenklichen Funktionen bei den Grünen einmal inne: Esther war bereits Parteisekretärin, Ortsparteipräsidentin, Co-Bezirksparteipräsidentin und im Vorstand der Grünen Schweiz. Als Politikerin war sie zudem Gemeinderätin in Illnau-Effretikon, Kantonsrätin und von 2009 bis 2010 Kantonsratspräsidentin.

In der GL war Esther als besonders integrierende und liebenswerte Person immer unsere gute Seele. Ihre Weiterbildung zur Führungsfachfrau ist uns ebenfalls zugutegekommen. Wir freuen uns sehr, dass Esther uns auch nach ihrem Rücktritt aus der GL im Vorstand der Grünen Kanton Zürich erhalten bleibt.

Frischer Wind

Seit Januar 2017 bringt Martin Neukom frischen Wind in die GL. Martin war von 2008 bis 2012 Präsident der Jungen Grünen Schweiz. Seit April 2014 ist Martin im Zürcher Kantonsrat und setzt sich in der Kommission für Planung und Bau (KPB) für Grüne Politik ein. Dabei engagierte er sich im letzten Jahr vehement für die Kulturlandinitiative und deren angemessene Umsetzung. Nebenbei arbeitet er an seinem Doktorat und forscht zu neuen Materialien für Solarzellen – auch hier mit der politischen Motivation, die Energiewende voranzutreiben.

■ Nadine Berthel, Geschäftsführerin Grüne Kanton Zürich

NACHRUF

DANI VISCHER IST TOT

Mit Daniel Vischer haben die Grünen (in Stadt, Kanton und auf Bundesebene) einen prägenden Weggefährten verloren. Wie breit er respektiert war, zeigte sich, als an der Trauerfeier im Fraumünster die Sitzplätze nicht reichten. Einige persönliche Gedanken.

Dani war seit meinem Beitritt zu den Grünen als 19-jähriger für mich ein Vorbild, Sparringpartner, durchaus manchmal ein Ärgernis, und selten auch ein parteiinterner Gegner. Aber er war immer da, eine Referenz. Und ein sicherer Wert, wenn es darum ging, sicher Geglaubtes zu hinterfragen, den «Gottesdienst» gegenüber den angeblich einzig richtigen Grünen Antworten innerhalb der Partei zu stören.

Eine kritische Stimme

Diese Stimme wird fehlen. Zum Beispiel, wenn die unzähligen Präventionsanliegen der Grünen kritisiert werden sollten mit der ketzerischen Frage, ob es nicht klarer und ehrlicher wäre, sich entweder wirklich auf die Eigenverantwortung zu verlassen oder dann halt tatsächlich ein Verbot auszusprechen. Das hat Dani immer wieder ange mahnt. Politik als moralinsaurer Gottesdienst und Bekenntnisritual war ihm nämlich zutiefst zuwider.

Ich selber habe Dani bald nach meinem Beitritt zu den Grünen näher kennengelernt, als er gegen Ernst Buschor für den Regierungsrat kandidierte. Als 21-jähriger junger Grüner begleitete ich Daniel freiwillig praktisch an jede Veranstaltung. Schrieb mit ihm zusammen – der Text ging hin und her zwischen uns in seinem Büro – sein Wahlprogramm. Im Rückblick muss ich sagen: eine völlige Anmassung meinerseits natürlich. Und gleichzeitig ein Zeichen für seine Geisteshaltung, die Daniel prägte: die Neugier, auch gegenüber unerwarteten Ideen. Die Bereitschaft, schon fast der Drang, sich

infrage stellen zu lassen. Auch durch sich selbst.

Liebe zu Büchern und Debatten

Dani liebte die Debatte über alles. Und es war passend, dass er mir im Frühling 2015 das Buch «Der lange Sommer der Theorie» schenkte, eine Art bücherunterlegte Geschichte der 68er. Er lebte selbst immer noch in diesem langen Sommer, und ihm wurde kalt, wenn er merkte, dass Geschichte, Fragen, Debatte, Theorie nichts mehr zählten. Bücher waren für ihn geistige Rationen, und selten sah man ihn ohne ein Buch in der Hand herumschlendern.



In der Fraktion und im Nationalrat begegnete ich nicht nur dem be- und geachteten Redner, der – durch den Krebs kurzatmiger und eher noch prägnanter geworden – sich von den früher

geliebten weit ausgreifenden Verbal klammern trennen musste, in denen er den Ort für seine Einwände gegen das eigene Argument zu schaffen gepflegt hatte. Ich begegnete in der Fraktion auch einem Kollegen, der Vorlagen mit knappen Worten in ihren Kontext, ihren geschichtlichen Zusammenhang zu stellen wusste – eine selten gewordene Begabung, das Wesentliche herauszuarbeiten, einzuordnen.

Persönlich waren wir uns sonderbarerweise nie so nahe wie viele dachten – ausser im Konflikt, wenn wir ausnahmsweise parteiintern gegeneinander kämpften. Aber wenn die Rede auf ein neues Buch, eine Feuilletonthese oder auch nur die uns gemeinsame Skepsis gegenüber einem allzu technokratischen Politikverständnis kam, dann verstanden wir uns und das Gespräch ging zum nächsten und übernächsten Thema. Den Mut, seine Angst vor dem Tod direkt anzusprechen, die ihn seit mehr als einem Jahrzehnt nun begleitete und spürbar war, diesen Mut fanden wir allerdings beide nie.

Dani wird nun so zu uns sprechen, wie wir ihn schon immer kannten. Er ging an Anlässen auf einen zu, sprach einen an, oft eine Variante der leninschen Frage «was tun?», und schritt weiter, an einem vorbei, und fuhr im Rücken des Angesprochenen fort. Entschwindend.

■ Balthasar Glättli, Nationalrat, Zürich

VERKEHRSSCHAOS IN WETZIKON DIE NERVEN LIEGEN BLANK!

Verkehrsch caos beenden: Grüne fordern Umsteigen auf den ÖV und gratis Busse.

Ausgelöst durch den Umbau der Usterstrasse und die damit verbundene Sperrung dieser Verbindungsstrasse staut sich der Verkehr in Wohnquartieren. Besonders im Dorfkern von Robenhausen ist es unerträglich. Durch die fehlenden Trottoirs und die engen Platzverhältnisse entstehen täglich riskante Situationen für FussgängerInnen, VelofahrerInnen und SchülerInnen.

Das Problem: Binnenverkehr

Verursacht werden die Staus vor allem durch den von der Wetziker Bevölkerung selbst produzierten Binnenverkehr. Prekär ist die Situation auch für den öffentlichen Verkehr in ganz Wetzikon. Busse bleiben im Stau stecken und erreichen die Zuganschlüsse nicht mehr. Das bisherige Verkehrsaufkommen der Usterstrasse kann nicht gänzlich auf andere Strassen verteilt werden, da bei diesen schlicht die Kapazität fehlt.

Die Lösung: Umsteigen

Die Lösung des Problems besteht darin, den motorisierten Binnenverkehr während der Bauzeit der Usterstrasse zu reduzieren. Deshalb fordern die Grünen Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Bevölkerung in einem offenen Brief zum Umsteigen auf den öV oder den Langsamverkehr auf. Zudem haben wir eine Grüne Interpellation eingereicht, die fordert, dass die Busbenutzung in Wetzikon bis zu den Sommerferien 2017 gratis ist. In einem Gelenkbus der VZO haben 120 Personen Platz. Bei der üblichen Autobesetzung von ca. 1.1 Personen entspräche ein Umsteigen auf den öV einer Reduktion von 109 Autos, was einer Länge von ca. einem Kilometer innerstädtischem Stau gleich kommt.

■ Martin Wunderli, Präsident Grüne Wetzikon



Das Komitee beim Einreichen der Unterschriften mit Stadtpräsident Toni Brühlmann (SP)

INITIATIVE GEISSWEID

Das 2er-Tram fährt ab 2019 bis nach Schlieren und braucht dort eine Wendeschleife. Im Stadtentwicklungskonzept (Stek) ist dieser Platz als einer von zahlreichen Freiflächen für die Fussgängerinnen und Fussgänger vorgesehen. Dementsprechend hat der Stadtrat dem Parlament eine Vorlage mit einem kleinen Wäldchen unterbreitet. Die bürgerliche Mehrheit hat diese jedoch abgeschmettert. Sie wollte ein Haus in die Tramschleife bauen und damit Geld verdienen.

Grüne, Grünliberale, und SP haben deshalb eine Volksinitiative lanciert. Sie will den Platz gemäss Stek freihalten. Die Initiative lässt aber offen, die Rechte für die bauliche Nutzung dem Nachbarn zu verkaufen, der dort gerne bauen will. Wir Grüne sind ja nicht gegen Verdichtung in dieser Bahnhofnähe. Aber es geht auch sinnvoll. Zudem hat die Bevölkerung das Stek an zahlreichen Workshops so gewollt. Diesen Willen der Bevölkerung wollen wir umsetzen.

Anfang Februar begann die Unterschriftensammlung. Der Info-Apéro von Mitte Februar war recht gut besucht. Viele Leute informierten sich und unterschrieben die Initiative. Überhaupt läuft die Sammlung wie geschmiert. Wir wollen in einem Monat 500 Unterschriften sammeln und einreichen. Gefordert wären 200 in einem halben Jahr.

Weitere Informationen auf www.geissweid-schlieren.ch

■ Beat Rüst, Präsident Grüne Schlieren

GRUNDRECHTE IM

IM SPANNUNGSFELD DER POLITIK

Grundrechte stehen im Fokus. Sei es in den Spannungsfeldern einer sich verändernden und wachsenden Stadt. Oder durch einen nationalen Frontalangriff der SVP auf die Menschenrechte. Die Grünen haben sich in der Vergangenheit stets für die Stärkung von Grundrechten eingesetzt. Eine neu gegründete Arbeitsgruppe der Grünen Stadt Zürich will diese Arbeit intensivieren.

Wer sich mit Stadtpolitik beschäftigt, kommt am Thema Grundrechte nicht vorbei. Überall dort, wo der Staat handelt, Handeln unterlässt oder öffentlicher Raum zum Politikum wird, sind Grundrechte im Spiel. Es geht dabei um entscheidende Fragen: Was jede und jeder von uns vom Staat einfordern darf, wie wir uns gegen ungerechtfertigte Handlungen des Staates wehren können und wie wir die öffentlichen Plätze dieser Stadt nutzen dürfen.

Auch wenn Grundrechte rechtlich in der Bundes- und Kantonsverfassung sowie in internationalen Abkommen festgehalten sind, kommt der Politik eine entscheidende Rolle zu. Sie definiert schliesslich, wie die Geltungen von Grundrechten in gesellschaftlichen Spannungsfeldern gewichtet werden. Gerade in einer wachsenden und sich verändernden Stadt wie Zürich gibt es viele solcher Spannungsfelder. Die neugegründete AG Grundrechte nimmt sich diesen an, mit dem klaren Ziel, die Geltung dieser elementarsten Rechte für alle Menschen zu stärken.

Grundrechte sorgen für Auseinandersetzungen

Nehmen wir als Beispiel einen starken Sozialstaat mit starkem Service Public – ein Grünes Uranliegen. Die Grundrechte verpflichten den Staat beispielsweise dazu, allen Menschen in Notlagen zu helfen und ihre Würde zu wahren, sie manifestieren das Recht auf Leben und persönliche Freiheit oder vermitteln einen Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen

Grundschulunterricht. Es ist nun an der Politik zu gewichten, wann eine Notlage beginnt, wie die Menschenwürde gewichtet wird oder was zu einem ausreichenden Schulunterricht gehört.

Eine andere Auseinandersetzung liefern Freiheitsrechte wie die Versammlungs- oder Bewegungsfreiheit.

senheit in Parks oder auf Plätzen in der Stadt untersagt wird?

Für uns als Grüne stellt sich schliesslich die Frage, wie wir uns in Fragen des Eigentums oder der Wirtschaftsfreiheit positionieren. Auch dies sind verfassungsmässig garantierte Grundrechte.

Als Grüne Grundrechte stärken

Die neue Arbeitsgruppe setzt sich mit diesen Fragen auseinander. Wir wollen Grundrechte politisch diskutieren und eine Wertung und Gewichtung vornehmen. Das Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Grundrechte wieder aufzuwerten. Und zwar in Form von Respekt, konsequenter Befolgung im Vollzug sowie einer weiten Auslegung zugunsten der Betroffenen, falls es Handlungsspielraum beim Gesetzgeber und im Vollzug gibt. Wir wollen aber auch eine Ausweitung respektive eine klare Anwendung der Grundrechte auf alle, die sich in unserer Stadt aufhalten, unabhängig davon wie lange, von der Touristin über die Flüchtlinge bis zum Staatsbürger und unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Einkommen usw. Und wir wollen bereit sein, wenn Ende 2017

oder Anfang 2018 der Frontalangriff der SVP auf die Menschenrechte kommt. Hier sollen sich die Grünen als erste Kraft entgegenstellen.

■ Luca Maggi, Vizepräsident Grüne Stadt Zürich



Wie verhält sich die Politik beispielsweise, wenn es für die Bewohnerinnen und Bewohner eines Asylzentrums zu bestimmten Zeiten Ein- und Ausgangssperren gibt? Wie, wenn eine Demonstration nicht bewilligt oder die TeilnehmerInnen eingekesselt und weggewiesen werden? Wie, wenn bestimmten Personen die blossе Anwe-

NATUR UNTER DRUCK

GRÜNSTADT-INITIATIVE JA

Die Stadt Zürich verdankt ihre hohe Lebens- und Umweltqualität der Mischung von verdichteten Baugebieten und naturnahen Flächen (See, Flüsse, Bäche, Stadtwälder, Pärke, Baumbestand). Auch unser Stadtklima und die Luftqualität sind dank der Ausgleichswirkung von Gewässern und Grünräumen vergleichsweise gut. Und nicht zuletzt ist die Biodiversität im Siedlungsraum eine wertvolle Ressource.

Mehr Lebensqualität

Dennoch weist die Freiraumversorgungskarte von Zürich viele Quartiere mit einer ungenügenden bis schlechten Gründurchmischung auf. Zudem sind die grossen, attraktiven Anlagen, z.B. am See, heute so übernutzt, dass viele Erholungssuchende abgeschreckt werden. Eine Situation wie in den 70er-Jahren, in denen die Leute massenhaft mit dem Auto zur Erholung «ins Grüne» gefahren sind, darf sich aber nicht wiederholen! Die Ansprüche an die Lebensqualität sollten in der nahen Umgebung erfüllt werden: Dazu zählen eben nicht nur Wohnen, Konsumieren und Arbeiten, sondern insbesondere auch die Erholung. Eine «Stadt der kurzen Wege» erfüllt die Anforderun-

gen an die 2000-Watt-Gesellschaft am besten.

Natur unter Druck

Mit der wachsenden Wohnbevölkerung und der baulichen Verdichtung nach innen kommt die Natur immer mehr unter Druck. Einerseits gerät die Stadt zunehmend in Versuchung, dringend benötigte andere Nutzungen, wie etwa Schulhäuser und Sportanlagen, in Freihaltezonen und auf Kosten von Familiengärten zu erstellen. Andererseits bewirken Bauvorgaben qualitativ unbrauchbare Grünräume zwischen den Gebäuden. Beim verdichteten Bauen muss der Aussenraum von Anfang an mitgeplant und mit weiteren Grünräumen vernetzt werden. So entstehen Naturräume, die in ihrer Qualität sowohl ökologisch wie auch als Erholungsraum genügen. Grünräume haben einen Wert an sich und sind nicht einfach nur Bebauungsreserve der Zukunft oder Pflichtflächen ohne Qualität! Aus all diesen Gründen brauchen wir die Grünstadt-Initiative!

■ Ueli Nagel, Alt-Gemeinderat, Leiter AG Grünraum



GRÜNSTADT-INITIATIVE

CHRONOLOGIE

Anfang März 2014 konnten wir Stadtrat André Odermatt 3 871 Unterschriften für die Grünstadt-Initiative übergeben. Sie verlangt einen Zweckartikel in der Gemeindeordnung, in dem sich Zürich verpflichtet, sich aktiv für die Sicherung von öffentlichem, ökologisch wertvollem, multifunktionalem und der Nutzungsdichte entsprechendem Grünraum in allen Quartieren einzusetzen. Zudem sollen Massnahmen ergriffen werden, um unversiegeltes Land zu schützen und zu vernetzen, um so dessen Qualität als Naherholungsgebiet sowie dessen ökologische Funktion langfristig zu gewährleisten.

Ja zum Gegenvorschlag

Bereits während der Richtplandebatte 2016 ist es nun aber den Grünen gelungen, wesentliche Forderungen der Grünstadt-Initiative verbindlich festzusetzen. Zudem hat der Gemeinderat im November 2016 deutlich dem Gegenvorschlag des Stadtrates zur Initiative zugestimmt. Dieser Gegenvorschlag ist inhaltlich mit der Initiative identisch, es fehlen einzig die Übergangsbestimmungen. Deshalb hat das Initiativ-Komitee die Grünstadt-Initiative zugunsten des Gegenvorschlags im Januar 2017 zurückgezogen; zur Abstimmung am 21. Mai gelangt somit der Gegenvorschlag, der von SP, GLP, AL, CVP und vielen Organisationen aus dem Naturschutzbereich unterstützt wird.

Eine interaktive Grünraumkarte auf der Website gruenstadt-initiative.ch zeigt auf, wo sich in Zürich Grünraum-Highlights und wo Schwachstellen befinden.

■ Markus Kunz, Gemeinderat

GRÜNKOHL SPARWUT

Beim Sparen gilt, genau wie bei Bundesrat Parmesan: zwei Schritte mit Getöse vorwärtsstürmen, drei dezent zurücktappeln. Bürgerliche Sparwut hat etwas Tolles: Riesenklaube in den Budgetdebatten, Schaum vor dem Mund und wie die Sau im Rübenacker dem stauenden Wahlvolk vorgeführt, was eine Sparharke ist. Wochen später dann, wenn es konkret wird, ist alles anders. Plötzlich herrscht Kleinmut, kein Mut und ein gesunder Eigennutz. Grünkohl hat volles Verständnis dafür.

Denn mit dem Sparen ist es ja so eine Sache: In einer Demokratie geht das gar nicht. Ein Budget ist immer ein Wunschkonzert, und nur, wenn sich einzelne InstrumentalistInnen zusammenrotten, können eventuell Budgetposten gekippt werden. Wenn aber alle für sich bzw. ihre Klientel, schauen – und, hallo!, dafür werden PolitikerInnen schliesslich gewählt – dann gibt es keine Mehrheiten. Eine Leistungsüberprüfung der kantonsrätlichen Budgetdebatte («Schwafel 17») hat daher auch ergeben, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis gegen Null tendiert, was Ratsherr Neukom mit dem unsterblichen Satz kommentiert haben soll: «Hä?!».

Auch das Personalwachstum wird kritisch verfolgt. Und das schon seit Jahrhunderten. Die bürgerlichen RegierungsrätInnen, also auch die mit den roten Bäckchen, stellen fleissig Personal an, und Ende Jahr hinterfragen die Bürgerlichen den Zuwachs kritisch. Ab Jänner kann dann neues Personal eingestellt werden, natürlich nur Hinterfragtes. Grünkohl vermutet seither, dass die berühmten alternativen Fakten eine Erfindung aus Zürich sind.

■ Grünkohl

JÜRIG ALTWEGG

RICHTIGE WAHL FÜR WINTERTHUR

Im ersten Wahlgang der Winterthurer Stadtratsersatzwahlen hat unser Grüner Kandidat Jürg Altwegg überraschend gut abgeschnitten. Jetzt gilt es im zweiten Wahlgang am 2. April 2017 unseren Sitz effektiv zu verteidigen.

Ende Januar 2017 ist der Grüne Stadtrat Dr. Matthias Gfeller von seinem Amt zurückgetreten. Bereits am 12. Februar konnte die Winterthurer Bevölkerung die Nachfolge wählen.

Ausgangslage

Es war davon auszugehen, dass keine der sage und schreibe fünf Kandidierenden Personen aus den Parteien Grüne, SP, EVP, GLP und SVP das absolute Mehr erreichen würde. Dass der Grüne Gemeinderat Jürg Altwegg aber weit über die eigene Partei hinaus Stimmen holte, war eine freudige Überraschung. Mit seinem dritten Platz hinter der SVP und der SP war sein Resultat so gut, dass sowohl die SP als auch die EVP zugunsten von Jürg Altwegg auf den zweiten Wahlgang am 2. April verzichten. Auch der GLP-Kandidat hat sich vor dem zweiten Wahlgang zurückgezogen. Bei Redaktionsschluss war jedoch nicht bekannt, welche Kandidatur die GLP unterstützen wird.

Chancen intakt

Gestärkt mit den Unterstützungszusagen von SP, AL und EVP gehen wir nun mit Jürg Altwegg in den zweiten Wahlgang. Das sind sehr gute Voraussetzungen, wenn man bedenkt, dass Grüne, SP und EVP im ersten Wahlgang ca. 51 Prozent der Wählerstimmen für sich verbuchen konnten.

Trotz der guten Ausgangslage dürfen wir uns aber nicht in Sicherheit wiegen. Wenn wir den Grünen Stadtratssitz behalten wollen, müssen wir jetzt kräftig in die Pedale treten und die Bevölkerung davon überzeugen, dass nur mit einem Grünen Stadtrat ein fortschrittliches Winterthur gewährleistet ist. Die bürgerliche Sparallianz im Gemeinde- und Stadtrat hat in den letzten Jahren alles daran gesetzt, dass Grüne und linke Anliegen blockiert werden.

Die Wahlkampagne

Nebst Plakaten, Inseraten, Facebook und Twitter sind wir ab Anfang März jeweils samstags auf der Gasse, verteilen Give-aways und überzeugen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dass Jürg Altwegg die richtige Wahl für Winterthur ist.

Über Unterstützung in Form eines Komiteebeitritts und / oder Spenden freuen wir uns. Alle Angaben dazu sind zu finden unter: www.jürg-altwegg.ch.

■ Renate Dürr, Gemeinderätin Grüne Winterthur



INITIATIVE FÜR EIN VERBOT VON KRIEGSGESCHÄFTEN

Schweizer Finanzakteure investieren Unsummen in die Kriegsmaterialproduktion. Sie sind für Tod, Zerstörung und Vertreibung mitverantwortlich. Die Jungen Grünen Schweiz lancieren im Frühling zusammen mit der GSoA eine Initiative, um dies zu stoppen.

Schweizer Grossbanken, aber auch die Schweizer Nationalbank (SNB), Pensionskassen, Kantonalbanken und ähnliche Finanzdienstleister investieren Unsummen in Firmen, die ihr Geld mit Rüstungsgütern verdienen. Es wird auch in Firmen investiert, die geächtete Waffen wie zum Beispiel Streumunition und Atomwaffen herstellen. Die SNB investierte im Jahr 2015 über 600 Millionen Franken in mindestens 14 Atomwaffenproduzenten.

Die Schweiz macht sich unglaublich

Dass wir vermutlich alle in der einen oder anderen Form Geld bei einem Finanzdienstleister hinterlegt haben (müssen), macht uns zu Komplizen der kriegstreibenden Rüstungskonzerne. Unser Geld ermöglicht bewaffnete Konflikte, zwingt Menschen zur Flucht und verhindert eine friedliche Welt. Der Schweiz ist immer daran gelegen, neutral und als Vermittlerin friedlicher Lösungen aufzutreten. Gleichzeitig macht sich die Schweiz aber durch ihre massiven Verwicklungen in der Rüstungsindustrie unglaublich. Darum ist es im Interesse der Schweizer Bevöl

kerung und aller Menschen weltweit, dass diesen Investitionen ein Riegel vorgeschoben wird.

Kein Schweizer Geld für Kriegsmaterial

Die von den Jungen Grünen und der GSoA lancierte Initiative «Für ein Verbot von Kriegsgeschäften» soll die Investition in Firmen, die Kriegsmaterial herstellen, verhindern. Die Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen sowie der Erwerb von Anteilen an Unternehmen, die mit Kriegsmaterial Geld verdienen, soll untersagt werden. Dies soll sowohl für öffentliche als auch für private Finanzunternehmen gelten. Im Frühling wird die Initiative lanciert mit dem Ziel, der Rüstungsindustrie schon bald den Geldhahn zuzudrehen.

■ Julian Croci,
Co-Präsident Junge Grüne Zürich

ASYLPOLITIK BOGEN ÜBERSPANNT

Während im Kanton Genf im Februar knapp 600 Sans-Papiers reguliert wurden, führt der Kanton Zürich wieder mal neue schikanöse Vorschriften für abgewiesene Asylsuchende ein. Dabei werden Grenzen überschritten.

Abgewiesene Asylsuchende müssen sich täglich morgens und abends in der ihnen zugewiesenen Notunterkunft melden. Falls nicht, wird ihnen die Nothilfe von 8.50 Franken pro Tag gestrichen. Zudem werden zahlreichen Betroffenen sogenannte Eingrenzungsverfügungen erteilt. Sie dürfen die Gemeinde ihrer Notunterkunft nicht mehr verlassen.

Die Tatsache, dass sich die Spirale der systematischen Einschränkung von Grundrechten immer weiterdreht und dabei Menschlichkeit und Verhältnismässigkeit auf der Strecke bleiben, liegt in der Verantwortung von SP-Regierungsrat Mario Fehr. Anstelle einer pragmatischeren Asylopolitik, die zur Kenntnis nimmt, dass viele der Betroffenen aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden können, setzt Fehr auf Drangsalierung und Zermürbung. Begleitet von unerträglichen Provokationen, die immer öfter sein rechtspopulistisches Gesicht zur Schau stellen.

■ Steven Goldbach, Koordinator Junge Grüne Zürich



GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

20. März 2017, 19:00 Uhr

Workshop Energiestrategie 2050

Der Teufel liegt im Detail: Um was gehts bei der Energiestrategie 2050 ganz genau?, Stiftung zum Glockenhaus, Zürich, Saal Genf

3. April 2017, 19:30 Uhr

Generalversammlung

Themen: Fremdspracheninitiative / Energiestrategie 2050, Volkshaus Zürich, Blauer Saal, Apéro ab 19:00 Uhr

GRÜNE STADT ZÜRICH

28. März 2017, 19:30 Uhr

Generalversammlung

Jahresbericht, Jahresrechnung 2016 und Referat von der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann, Volkshaus Zürich, Blauer Saal, Apéro ab 19:00 Uhr

30. Mai 2017, 19:00 Uhr

salon vert: Genossenschaftliches Gemüse aus der Nachbarschaft

Matthias Probst stellt die junge Genossenschaft «meh als gmües» vor und führt durch die Gärtnerei, Gärtnerei «meh als gmües», Reckenholzstrasse 150, Zürich

GRÜNE WINTERTHUR

2. April 2017, 15:30 Uhr

Wahlfest

Bistro Dimensione, Neustadtgasse 25, Winterthur

5. April 2017, 19:30 Uhr

Jahresversammlung

Kongress- und Kirchengemeindehaus, Liebestrasse 3, Winterthur

GRÜNE BEZIRK MEILEN

5. April 2017, 19:30 bis 21:30 Uhr

Generalversammlung

Ref. Kirchengemeinde Meilen, Kirchgasse 9, Meilen

GRÜNE USTER

8. April 2017

Velobörse

Annahme 8:30 bis 10:00 Uhr, Verkauf 10:00 bis 15:00 Uhr, Velos in Kommission (Ausweis), Stadthausplatz Uster

GRÜNE BÜLACH

21. März 2017, 20:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Solibodenstrasse 20, Bülach

8. April 2017, 09:00 bis 12:30 Uhr

Velobörse

Annahme ab 8:30 Uhr, Ende Marktgassee, beim Untertor Bülach

9. Mai 2017, 20:00 Uhr

Generalversammlung

Pfarrhauskeller, Hans-Haller-Gasse 7, Bülach

GRÜNE PFÄFFIKON

18. März 2017, 9:00 bis 13:00 Uhr

Velobörse

Vorplatz, Gemeindehaus

GRÜNE OBERRIEDEN

25. März 2017, 10:00 bis 11:15 Uhr

Velobörse

Ab 10:00 Uhr Annahme und Verkauf, ab 11:15 Uhr nicht verkaufte Velos oder Geld abholen, Schulhaus Pünt

GRÜNE WÄDENSWIL

1. April 2017, 7:30 bis 13:30 Uhr

Velobörse

Schulhausplatz Eidmatt

11. Mai 2017, 19:00 Uhr

Generalversammlung

Ab 20.00 Uhr: Öffentliche Veranstaltung zum Thema Schulsozialarbeit, Freizeitanlage Untermosen

GRÜNE DIETIKON

24. März 2017, 19:00 Uhr

Generalversammlung

Bremgartnerstrasse 124, Dietikon

26. April oder 3. Mai 2017, 16:00 Uhr

Besuch ORS Dietikon und Besuch

Flüchtlingsunterkunft

Anmeldung: andreas.p.wolf@gmx.ch

29. April 2017, 8:00 bis 12:00 Uhr

Standaktion zur Energiestrategie

Marktplatz Dietikon

13. Mai 2017, 9:00 bis 16:00 Uhr

Frühlingsmarkt

Verkauf einheimischer Wildblumen und Information für mehr Natur im Siedlungsraum mit dem Natur- und Vogelschutzverein, Marktplatz Dietikon

GRÜNE KILCHBERG

1. April 2017

Velobörse

Annahme: 11:00 bis 13:00 Uhr, Besichtigung: 13:30 bis 14:00 Uhr, Auktion: 14:00 Uhr, anschliessend Verkauf bis 15:00 Uhr, Schulhaus, Alte Landstrasse 120, Kilchberg

JUNGE GRÜNE

17. März 2017, 19:00 Uhr

Ausserordentliche

Mitgliederversammlung

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich

7. April 2017, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich

28. April 2017 bis 1. Mai 2017

Stand am 1. Mai-Fest

Kasernenareal Zürich

11. Mai 2017, 19:00 Uhr

Junggrüner Treff

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich

19. Juni 2017, 19:00 Uhr

Junggrüner Treff

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/veranstaltungen